

Harvard unter Beschuss: Millionenentzug wegen Antisemitismus- Vorwürfen!

Die US-Regierung friert Milliardenmittel für Harvard ein, fordert Einschüchterung ausländischer Studierender und kritisiert Antisemitismus.



Cambridge, USA - In einem eskalierenden Streit zwischen der Harvard University und der US-Regierung hat die Regierung beschlossen, Fördergelder in Milliardenhöhe für die renommierte Universität einzufrieren. Dies geschah aufgrund von Vorwürfen, Harvard fördere eine „antiameikanische, pro-Hamas-Ideologie“ und gehe nicht angemessen gegen Antisemitismus vor. Zudem wird der Universität vorgeworfen, die Bürgerrechte zu missachten. Die Entscheidung umfasst Einfrierungen in Höhe von 2,2 Milliarden US-Dollar sowie 60 Millionen US-Dollar, die für mehrjährige Regierungsverträge vorgesehen waren, wie **Die Presse** berichtet.

Der Konflikt spitzt sich weiter zu, nachdem Ministerin für Heimatschutz, Kristi Noem, Harvard aufgefordert hat, bis zum 30. April Unterlagen über „illegale und gewalttätige Aktivitäten“ von ausländischen Studentenvismussinhabern vorzulegen. Bei Nichteinhaltung dieser Berichtspflichten könnte die Universität das Recht verlieren, ausländische Studierende zu immatrikulieren. Noem kündigte auch die Streichung von zwei Zuschüssen in Höhe von 2,7 Millionen Dollar an, wobei sie betonte, dass Harvard mit einem Stiftungskapital von 53,2 Milliarden Dollar in der Lage sei, die eigenen Probleme zu lösen und **Welt** hinzufügt, dass Trump Harvard als „Hort von Idioten“ bezeichnete.

Anforderungen der Regierung

Im Rahmen ihrer Maßnahmen hat die US-Regierung von Harvard mehrere Änderungen gefordert, darunter die Meldung von ausländischen Studenten bei Verstößen gegen Verhaltensregeln und eine Überprüfung der Meinungsvielfalt unter Studenten und dem akademischen Personal. ebenso soll die Universität die Diversitätskriterien bei der Zulassung und Einstellung beenden. Harvard wies diese Forderungen entschieden zurück und betonte, dass keine Regierung vorschreiben sollte, was private Universitäten lehren oder wen sie einstellen. Präsident Alan Garber erläuterte dies deutlich und stellte die Bedeutung von Freiheit des Denkens und der Forschung für eine demokratische Gesellschaft heraus, wie **Tagesschau** berichtet.

Die Trump-Regierung sieht in den pro-palästinensischen Protesten an Universitäten eine potenzielle außenpolitische Bedrohung, die zudem als antisemitisch eingestuft wird. Diese Proteste eskalieren häufig und führen zu anti-israelischen und antisemitischen Aktionen. Bisher haben andere Elite-Universitäten, wie Columbia, Zugeständnisse gemacht, um Fördermittel zu sichern und der politischen Druck auszuhalten.

Reaktionen und Widerstand

Harvard bleibt jedoch bei ihrer Position und betont, dass die Bekämpfung von Antisemitismus und die Wahrung der akademischen Freiheiten zu ihren zentralen Zielen gehören. Der Widerstand gegen die Maßnahmen der Trump-Regierung wächst, besonders seit dem ehemaligen Präsidenten Barack Obama Universitäten riet, ihre Stiftungsgelder zu nutzen und nicht den Forderungen der Regierung nachzugeben. Er betont die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der Bildungseinrichtungen zu schützen und sieht in den aufkommenden Konflikten eine Gefährdung der freien Bildungslandschaft in den USA.

Insgesamt zeigt die Auseinandersetzung um Harvard nicht nur die Spannungen zwischen Bildungseinrichtungen und der Regierung auf, sondern spiegelt auch umfassendere gesellschaftliche und politische Konflikte wider, die derzeit in den USA herrschen. Die Entscheidung, Fördergelder einzufrieren, könnte weitreichende Folgen für die Universität und andere Bildungseinrichtungen im ganzen Land haben.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Cambridge, USA
Quellen	• www.welt.de • www.tagesschau.de • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de